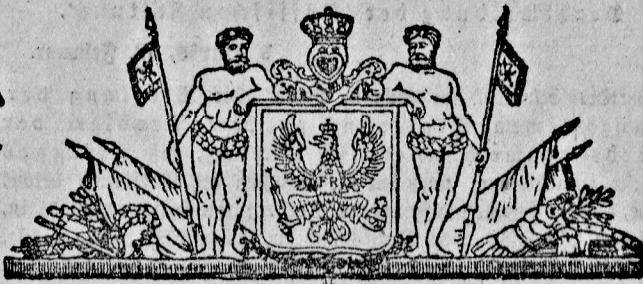


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Mit
Kurszettel

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postbebeckkonto Berlin 660.

Die Frage der Mehrheit.

Vor der Abstimmung am Mittwoch.

Nicht nur die deutsche, sondern auch die ausländische Presse stellt eifrig Berechnungen an, ob und auf eine wie große Mehrheit das Kabinett Wirth bei der Abstimmung rechnen darf, die am Mittwoch nachmittag über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien stattfinden wird. Es ist beachtenswert, daß die ausländische Presse in Hinsicht auf das zu erwartende Abstimmungsergebnis optimistischer für das Kabinett Wirth urteilt als in Deutschland nicht nur die oppositionellen, sondern zum Teil auch die der Regierung freundlichen Blätter. Der „Vorwärts“ sieht den „härtesten Abstimmungskampf“ voraus, der im Reichstag seit der Einführung des parlamentarischen Systems erlebt worden ist und läßt den Ausgang dieses Kampfes zum mindesten als zweifelhaft erscheinen.

„Endet er mit einem Sieg der Regierung, so werden unserem Volke dadurch schwere innen- und außenpolitische Verwicklungen die sich als Folgen ihres Sturzes einstellen würden, erspart bleiben. Endet er aber mit einer Niederlage, so wird das zur besten Rechtfertigung des bisherigen Verhaltens der Sozialdemokratischen Partei werden, denn Arbeiter und Beamte werden dann die Folgen zu spüren bekommen, die wir in ihrem Interesse verhüten wollten!“

Auch das „Berliner Tageblatt“ zieht eine Entscheidung gegen das Kabinett Wirth innerlich in den Bereich der Möglichkeit. Die Folgen eines solchen Abstimmungsergebnisses wären unüberschaubar.

„Unserer ganzen bisherigen Außenpolitik, die in mühsamer Arbeit die Vorbedingungen für eine deutschfreundlichere internationale Atmosphäre geschaffen hatte, würde mit einem Schlage der Boden unter den Füßen fortgezogen werden. Eine abermalige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich soeben als unmöglich herausgestellt hätte.“

Im Falle einer Niederlage des Kabinetts würde nur noch der Appell an das Volk übrig bleiben, Neuwahlen, eventuell verstärkt durch eine Reichspräsidentenreise.

Urteilt schon die regierungsfreundliche Presse so wenig zuversichtlich, so darf es wenig wundernehmen, daß vornehmlich die oppositionellen Blätter der Rechten das Kabinett Wirth bereits auf der Strecke sehen. Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei „Die Zeit“ kündigt an, daß ihre Fraktion gegen das Vertrauensvotum stimmen werde. Es wirt allerdings nicht die Frage auf, ob die Fraktion auch geschlossen stimme und nicht einige Mitglieder des linken Flügels sich der Abstimmung enthalten werden.

Die Meinung der Oppositionellen links wird durch die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, kundgegeben. Es ist beachtenswert, daß das Blatt in seinen Betrachtungen über die Vertrauensfrage des Kanzlers am allerwenigsten von der eigenen Fraktion spricht und sich mehr mit der engen Zielgemeinschaft der Deutschnationalen und der Kommunisten beschäftigt, die beide das gleiche Ziel verfolgen, „das Reich wirtschaftlich und politisch in eine Katastrophe hineinzujagen und dann auf den Trümmern ihre Hoffnungen aufzupflanzen.“ Wertwürdig muten die Schlusssätze dieses Artikels an, der überschrieben ist: „Stinnes steht vor den Toren.“

Wie die Krise enden wird, läßt sich noch nicht absehen. Wahrscheinlich werden die Tage bis zum Mittwoch dazu benötigt werden, um mit der Deutschen Volkspartei ein Kompromiß zu schließen. Die Herren von Stinnes werden in der Aufstellung ihrer Bedingungen sicherlich nicht zurückhaltend sein. Durch ihre eigene Schuld hat sich die Regierung in diese Lage hineinmandoriert. Stinnes steht vor den Toren.

Warum nur ein Kompromiß mit der Deutschen Volkspartei? Ist der „Freiheit“ gar nicht der Gedanke gekommen, daß auch die Alternative vorhanden ist, eine Brücke zu den Unabhängigen zu schlagen?

Wie liegen die Dinge wirklich? In der „Vossischen Zeitung“ sind am Sonntag die Aussichten für die Regierung wesentlich günstiger beurteilt worden als in den verschiedenen Parteiorganen, weil die „Vossische Zeitung“ keine Veranlassung hat, sie aus parteifaktischen Gründen schlimmer zu malen als sie wirklich sind. Am Mittwoch wird sich eine Mehrheit — man darf vielleicht voraussagen: von 50 bis 60 Stimmen — für die Vertrauensfrage ergeben, weil sich der größte Teil der Unabhängigen der Abstimmung enthalten wird und vielleicht auch einzelne Mitglieder anderer oppositioneller Parteien, die Bayerische Volkspartei aber ziemlich geschlossen für die Regierung stimmen wird. Und man wird auch bei einem Teil der Opposition ein solches Ergebnis mit großer Gelassenheit hinnehmen, denn nicht alle jene Fraktionen, die am Sonnabend Misstrauensanträge gegen die Regierung einbrachten, haben ernstlich das Ziel erstrebt, das Kabinett Wirth zum Sturze zu bringen. Zwei Seelen wohnen, ach, in dieser Parteien Brust, eine innerpolitische und eine außenpolitische. Mag auch z. B. der Gegensatz zwischen dem Kabinett Wirth und den Unabhän-

gigen in Fragen der inneren Politik sehr groß geworden sein, außenpolitisch besteht heute noch eine sehr weitgehende, fast bis ins Einzelne gehende Uebereinstimmung zwischen Dr. Wirth und den Herren Breitscheid und Genossen. Man möchte nicht einmal behaupten, daß bei der Deutschen Volkspartei ernsthaft der Wunsch bestanden hätte, die Regierung gerade jetzt zu beseitigen. Denn seit Cannes hat man auch in ihren Reihen für die außenpolitische Linie des Kabinetts, wenn auch eingeschränkte, Zustimmung und Anerkennung gehört. Von den fünf Misstrauensanträgen, die vorlagen, waren zum mindesten zwei mehr von der Absicht diktiert, das Kabinett zu warnen, als es zu Fall zu bringen, oder, um mit den Worten eines sehr geistreichen Parlamentariers zu sprechen: „Es sollte ein Anstoß werden, aber kein Blattschuß.“ Eine Regierungstrife erstrebte außer der „hohen Gemeinschaft der Deutschnationalen und Kommunisten“ kaum eine der großen Parteien des Reichstags.

Die Sozialdemokraten beim Kanzler.

Wie wir hören, hat der Reichskanzler heute vormittag die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer längeren Besprechung empfangen. Um 11 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Beratung zusammen, die aber nicht den innerpolitischen Fragen galt.

In einem von den Kommunisten im Reichstage vorgelegten „Protokoll“ über die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Beamtenvertretern über die Beilegung des Eisenbahnstreiks findet sich die Behauptung, daß der Reichskanzler erklärt habe, er habe die Disziplinierung der Streikenden aus den Händen des Ministers Geener genommen, da dieser zu scharfmächtig vorgehe. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichskanzler eine derartige Äußerung nicht getan.

Das Weiße Haus über Genua.

Funktpruch der „Vossischen Zeitung“.

* Washington, 13. Februar.

Die hiesigen amtlichen Kreise lehnen es ab, über die Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu der Konferenz von Genua Mitteilung zu machen. In unterrichteten politischen Kreisen nimmt man aber an, daß diese Zurückhaltung darauf zurückzuführen ist, daß sich die Regierung entschlossen hat, mit der endgültigen Fassung eines Beschlusses in dieser Frage zu warten, bis in den Verhandlungen zwischen den europäischen Regierungen Klarheit darüber geschaffen ist, ob die Konferenz im März stattfindet oder einen Aufschub erfährt. Sobald die Entscheidung über den Termin gefallen ist, dürfte der amerikanische Standpunkt bekanntgegeben werden.

* London, 13. Februar.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet, in Amerika herrsche allgemein die Ansicht, daß die Genuaer Konferenz unbedingt verschoben werden müsse. Der Präsident und das amerikanische Kabinett würden eine Verschiebung begrüßen. Präsident Harding und Hughes seien bereit, soweit sie es könnten, der von Lloyd George angeregten Wirtschaftskonferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. Die meisten amerikanischen kommerziellen und finanziellen Organisationen forderten eine Beteiligung Amerikas an der Konferenz.

Trotzdem gewisse Zeitungs- und andere Kreise für eine Vertagung der Konferenz Stimmung machen, wie von Paris und Rom gemeldet wird, besteht Lloyd George darauf, die Konferenz am 8. März zu eröffnen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, daß Poincarés Note über die Konferenz von Genua heute im Kabinett zur Sprache kommen wird. Großbritannien wird vielfach die Absicht zugeschrieben, eine kurze Vertagung der Konferenz anzunehmen. Das ist aber sicher nicht der Fall, soweit ich in autoritativen Kreisen erfahre, was auch immer die individuelle Meinung gewisser Persönlichkeiten über diesen Gegenstand sein mag. Wenn die italienische Regierung erklären würde, es sei ihr nicht möglich, am 8. März zur Eröffnung der Konferenz bereit zu sein, würde die Sache ein anderes Bild gewinnen.

Heute früh ist der Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei Beneš in Paris eingetroffen. Ein Mitarbeiter des Intendanten hatte Gelegenheit, ihn einige Augenblicke zu sprechen. Beneš erklärte ihm, er sei nach Paris gekommen, ganz besonders um den verbündeten Regierungen einen Vortag über die Lage in Mitteleuropa zu halten. Er beabsichtige, Ende der Woche nach London zu gehen. Beneš beständigte ferner, die Staaten der Kleinen Entente seien bereits dahin übereingekommen, unter sich am 22. d. M. in Belgrad eine Konferenz abzuhalten zur Aufstellung eines gemeinsamen Programms.

Michaelis, der Zeitgenosse.

Der ehemalige Reichskanzler, Dr. Michaelis, reist in diesen Tagen mit seiner Gattin nach China, um an der Konferenz des Studenten-Weltbundes in Peking teilzunehmen. Michaelis hat seit langem in der christlichen Studentenbewegung eine führende Rolle gespielt. Ueberhaupt ist sein Interessen- und Tätigkeitsgebiet vielseitiger gewesen, als seine unglückliche Kanzlerschaft vermuten ließ. Das zeigt seine Lebensgeschichte, die er unter dem Titel „Für Staat und Volk“ jüngst im Fische-Verlag in Berlin erscheinen ließ.

J. L. Als er nach Bethmanns Sturz zu allgemeiner Ueberraschung Reichskanzler wurde, bekannte er ehrlich, daß er „bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der hohen Politik hergelaufen“ sei. Wer hatte ihn entdeckt? Wer ihn für den Platz, den einst Bismarck geziert hatte, vorgeschlagen? Heute will es niemand gewesen sein. Nach den Erfahrungen aus seinen hundert Tagen, von denen nichts übrig geblieben ist als die heitere Formel, „wie ich es auffasse“, haben die einen für ihn nur Spott, die andern nur Stillschweigen. Und doch verdient er am Ende ein besseres Schicksal. Er und sein Buch. Denn trotz alledem ist er „auch einer“. Und nicht, was er über seine verunglückte Kanzlerschaft erzählt, ist von Bedeutung, sondern Beobachtungen und Bekenntnisse, die er zum besten gibt, zu jedermanns, zumal aber seiner Parteifreunde Nutz und Frommen. Er nennt sich selbst einen „Konservativen mit stark agrarischem Einschlag“ und ist bei den Deutschnationalen eingeschrieben.

Aber er ist ein Sonderling, der denen auf der Rechten allerlei unliebsame Wahrheiten sagt. Selbst alter Korpsstudent, nennt er die Einseitigkeit des Korpsstudententums „eine große Gefahr für die einzelnen und für die Allgemeinheit“ und sucht die Schuld „für ein Verlagen der geistigen Führerschaft im deutschen Volk“ in nicht geringem Maß bei den Korps. In Frankfurt a. D. mit Bethmann, Rheinbaben, Baldow Neuling in der Verwaltung, lernt er den Obrigkeitstaat kennen, die strenge Scheidung zweier Gruppen: hier Garbereferendare, dort Linienreferendare. Adel, Korps, Kavallerie stellen die Garde. Er erkennt eine „ganze Reihe von Uebelständen und schiefen Auffassungen im Offizierkorps“ an, bedauert aber die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht als eine bellagenswerte Folge revolutionären Geistes — wobei der Staatsmann a. D. übersieht, daß diese Beseitigung nichts mit dem revolutionären Geist zu tun hat, sondern im Versailler Frieden vorgeschrieben ist. Er hat eine Zeitlang in Japan gelehrt, und siehe da, er bricht den Stab über den „unglücklichen Frieden von Schimonoseki“; durch unsere Schuld hätten wir Japans Freundschaft verloren. Die Note Japans bei Eröffnung der Feindseligkeiten 1914 habe im Wortlaut der schneidigen Unglücksnote entsprochen, die Deutschland damals an Japan gerichtet hatte. Er erinnert fast an Zieglers Wort „Ich gehe zum Kadi“, wenn er lieber von einem Gericht in Tokio als „in einem europäischen Kulturstaat“ gerichtet werden will. Er weiß gar nichts von der „gelben Gefahr“. Aber er berichtet von preußischen Staatsanwälten, die sich der von ihnen durchgesetzten Jahre Zuchthaus rühnten. Er schildert die Beschränkung unterschiedlicher Ministertarife, das Vorurteil vieler Arbeitgeber gegen Gewerbegericht und Arbeiterschutz, die Parteimikrowirtschaft in der alten monarchischen Verwaltung. „Es spielten“, so sagt er, „bei der Auswahl eines Landrats noch andere Rücksichten mit als die persönliche Tüchtigkeit: politische Gesinnung, Beziehungen zum Kreis, Verwandtschaft mit einflussreichen Persönlichkeiten...“ „Mit rücksichtsloser Energie“ hielten die Konservativen daran fest, daß der Landrat zugleich Kommissar für die Steuerveranlagung sei. Hier lagen Schäden vor, die sich jetzt „in Uebertreibungen nach der andern Seite hin austoben“. Auch die gewalttätige Niederhaltung der Sozialdemokratie sei ein schwerer Fehler gewesen. Wie gegen sie vorgegangen wurde, zeigt Michaelis an einem Beispiel. Ein Arbeiter meldet eine Versammlung beim Amtsvorsteher an. Der weist die Eingabe als „unverständlich“ zurück, weil in der ungelenteten Handschrift des Proletariats Versammlung als Versammlung zu lesen wäre. Der Arbeiter richtet eine Beschwerde an den Landrat, der dem Amtsvorsteher recht gibt. Die weitere Beschwerde geht an den Regierungspräsidenten, „und es war schon die Feder eingetaucht, um auch hier die Beschwerde abzuweisen...“ „Und sodann, es wäre zweifellos gerechter und klüger gewesen, rechtzeitig Arbeiter, auch sozialdemokratische Arbeiter, in die Selbstverwaltungskörper hineinzulassen...“ Er sah also nicht, wie S. M. und viele auf der Rechten, in jedem „Genossen“ einen vaterlandslosen Gesellen. Dagegen sagt er von der höheren Beamten-schaft, von dazumal: „Wie viele haben eine bessere Karriere gemacht, als sie verdienten, weil sie eine elegante, geschickte Frau hatten und gute Diners gaben!“ Dafür sahen sie den Grafen Fedlik nicht für voll an, „der ja kein Abschlußexamen gemacht und nicht studiert hatte“ und für den es doch keine Materie gab, die er nicht